

AiR Aktiv im **Ruhestand**

10

Magazin für Seniorinnen und Senioren im dbb

Oktober 2026 – 77. Jahrgang

Beratung, Betreuung und Teilhabe vor Ort

So lässt sich's leben



Seite 5 <

Kampf gegen
Altersarmut –
Wohnungsverlust
verhindern

Seite 7 <

EU-Strategie
zur Generationen-
gerechtigkeit

mit
dbb Seiten

Allein leben im Alter...

... kann zu Isolation und Einsamkeit führen. Um dem vorzubeugen, hat der Freistaat Thüringen „agathe“ – ein Beratungs- und Lotsenangebot für allein lebende Menschen ab 63 Jahren – entwickelt. Die Stiftung Landleben realisiert dies mit großem Engagement in der Dorfgemeinschaft Seltenrain, auch um das Leben in den kleinen Gemeinden in Schwung zu halten. Initiativen wie diese setzen schon jetzt um, was die EU gerade als Strategie für Generationengerechtigkeit beschlossen hat. Dazu passt das Porträt einer Frau, die kurz vor der Rente noch einmal etwas ganz Neues beginnen wollte und sich zur Seniorenbetreuerin hat ausbilden lassen. Betreuung, Beratung und Teilhabe sind das zentrale Thema der Oktober-Ausgabe des Magazins „Aktiv im Ruhestand“.

Ein weiterer Beitrag schildert die Nöte von Angehörigen und Betroffenen, die entstehen können, wenn Bundes- und Landesrecht einander blockieren und die Pflege verteuern.

Auch zu Alltagshilfen, den notwendigen Vorbereitungen für den eigenen digitalen Nachlass und zu weiteren interessanten Themen lesen Sie im neuen AiR.

ada

Impressum:

AiR – Aktiv im Ruhestand. Magazin des dbb für Ruhestandsbeamte, Rentner und Hinterbliebene. Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** airmagazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Anke Adamik (ada). **Redaktion:** Carl-Walter Bauer (cwb), Jan Brenner (br), Christian Moos (cm), Dr. Walter Schmitz (sm). **Redaktionsschluss:** 10. jeden Monats. Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. „AiR – Aktiv im Ruhestand“ erscheint zehnmal im Jahr. **Titelbild:** Model Foto: Colourbox.de. **Einsendungen zur Veröffentlichung:** Manuskripte und Leserzuschriften müssen an die Redaktion geschickt werden mit dem Hinweis auf Veröffentlichung, andernfalls können die Beiträge nicht veröffentlicht werden.

Bezugsbedingungen: Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 62,80 Euro zzgl. 10,20 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 6,60 Euro zzgl. 2,20 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Für Mitglieder der BRH-Landesorganisationen ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Adressänderungen und Kündigungen bitte in Textform an den DBB Verlag. Abonnementskündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr.

Layout: FDS, Geldern. **Gestaltung:** Benjamin Pohlmann. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Anzeigenverkauf: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Marion Clausen. **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de. **Anzeigenposition:** Britta Dorr. **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 67** (dbb magazin) und **Aktiv im Ruhestand Preisliste 55**, gültig ab 1.1.2026.

Druckauflage: dbb magazin 540 363 Exemplare (IVW 2/2026). **Druckauflage AiR – Aktiv im Ruhestand** 15 000 Exemplare (IVW 2/2026). **Anzeigen-schluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. ISSN 1438-4841



> Schwerpunkt: Teilhabe und Betreuung



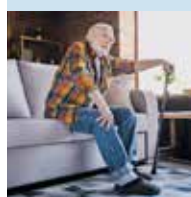
4



7



16



18



20



25



29

Aktuell

- > Aktionstag: Pflegende Angehörige leisten unverzichtbare Arbeit 4
- > Altersarmut: Wohnungsverlust verhindern 5
- > Demografische Entwicklung: Die Basis bröckelt 6
- > Seminarangebot: Gemeinschaftlich wohnen 6

Kompakt

- > Soziale Sicherheit für Jung und Alt 7

Aus den Ländern

- > OSSIs treffen ÖSIs 8
- > „Dziękuję“ heißt „Danke“ 9

Standpunkt

- > Kranken- und Pflegeversicherung: Am falschen Ende gespart 10

Brennpunkt

- > Landes- versus Bundesrecht: Zwischen die Stühle gerutscht 12

Titelthema

- > Teilhabe: Mit Rat und Tat vor Ort 14

Vorgestellt

- > Späte Umschulung: Vom Vertrieb zur Fürsorge 16

Modernes Leben

- > Alltagshilfen: Die Qualität macht's 18

Medien

- > Digitaler Nachlass: Was bleibt, wenn wir gehen 20

Nach-Lese

- 22

Buchtipps

- 23

Gewinnspiel

- 24

dbb

- > Nachrichten – Personalmangel auf Höchststand: Beschäftigte am Limit 25
- > Rentenreform: 45 Arbeitsjahre müssen gewürdigt werden 27
- > Finanzpolitik – Einkommensteuerreform-gesetz 2027 46
- > Interview – Achim Brötel, Präsident des Deutschen Landkreistages: „Man will die Stimme der Praxis gar nicht mehr hören“ 29
- > Dossier – Kommunale Finanzen: Im Sog des Defizits 34
- > Handlungsfähigkeit der Kommunen: Ein Staat von gestern ist schwer zu optimieren 32
- > Jubiläum – 25 Jahre dbb forum berlin 41

3

Inhalt



© Elizaveta/Adobe Stock

4

Aktuell

Aktionstag

Pflegende Angehörige leisten unverzichtbare Arbeit

Dank allein reicht nicht. Wer pflegt, verdient Respekt, konkrete politische Unterstützung – und finanzielle Anerkennung, fordert die dbb bundes-seniorenvertretung.

Aus Anlass des Tages der pflegenden Angehörigen am 8. September 2026 würdigt die dbb bundesseniorenvertretung den Einsatz jener Menschen, die Angehörige zu Hause pflegen. Sie sichern einen großen Teil der Versorgung Pflegebedürftiger – meist unentgeltlich, oft über Jahre hinweg und zusätzlich zu Beruf und häuslicher Arbeit.

„Pflegende Angehörige sind eine tragende Säule unseres Pflegesystems. Ihre besondere gesellschaft-

liche Leistung verdient mehr Wertschätzung, Entlastung und finanzielle Anerkennung“, erklärte der Chef der dbb senioren, Horst Günther Klitzing.

„Pflegende An- und Zugehörige haben in Deutschland keine Lobby. Deshalb kämpfen wir als dbb bundesseniorenvertretung immer noch für die zugesagte Einführung einer steuerfinanzierten Entgeltersatzleistung – bisher aufgrund klammer Kassen leider vergeblich“, so Klitzing.

Mit dem Pflegeneuordnungsgesetz könnte es nun noch schlimmer kommen: Es ist vorgesehen, auf dem Rücken der pflegenden Angehörigen zu sparen. „Die Rentenversicherungsbeiträge für Pflegende sollen um 30 Prozent gekürzt und die Verhinderungspflege künftig nur noch durch Fachkräfte erbracht werden können. Das wäre ein Riesenfehler, der die häusliche Versorgung nachhaltig schwächen und Altersarmut begünstigen würde. Ich setze meine Hoffnung auf den neuen Bundesgesundheitsminister Carsten Linnemann, der Ende August angekündigt hat, die geplante

Kürzung der Rentenbeiträge für pflegende Angehörige zu korrigieren“, so der Seniorenchef.

Hintergrund: Der Tag der pflegenden Angehörigen wird in Deutschland jährlich am 8. September begangen. Er macht auf die zu oft wenig sichtbare Leistung von Menschen aufmerksam, die pflegebedürftige Angehörige zu Hause unterstützen oder die Hauptversorgung übernehmen. Rund 80 Prozent der Pflegebedürftigen werden in Deutschland zu Hause versorgt, häufig mit Unterstützung ambulanter Pflegedienste, teilweise aber auch allein durch Angehörige. ■

Altersarmut

Wohnungsverlust verhindern

Die Wohnungsnot im Alter steigt. Das hat die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. (BAG W) in ihrem neuen Statistikbericht ermittelt.

Die Ende August veröffentlichte Erhebung BAG W zeigt, dass ältere Menschen zunehmend auf Hilfen in Wohnungsnotfällen angewiesen sind. Gleichzeitig bleiben sie häufiger über lange Zeit wohnungslos und sind stärker von gesundheitlichen Belastungen sowie sozialer Isolation betroffen. Die BAG W fordert deshalb den Ausbau präventiver Hilfen sowie mehr bezahlbaren und altersgerechten Wohnraum.

Erstmals liegt der Schwerpunkt der Statistik auf der Lebenslage Älterer in Wohnungsnot. Der auffälligste Befund: Der Anteil der über 50-Jährigen ist von 21 Prozent im Jahr 2004 auf nun 27 Prozent gestiegen. Weil belastende Lebens- und Wohnverhältnisse sowie gesundheitliche Probleme dazu führen, dass wohnungslose Menschen früher altern als die Gesamtbevölkerung, gelten in der Wohnungsnotfallhilfe bereits Menschen ab 50 Jahren wegen dieser sogenannten Voralterung als ältere Klienten und Klientinnen.

Das tatsächliche Ausmaß von Wohnungsnot im Alter wird womöglich unterschätzt. Ein wesentlicher Grund: Ein Teil der älteren Betroffenen wird vom System der Altenhilfe aufgefangen und taucht dadurch gar nicht erst im Dokumentationssystem zur Woh-

nungslosigkeit auf. Andere nehmen bestehende Hilfeangebote aus Unwissenheit oder aus Scham nicht in Anspruch. Besonders auffällig ist, dass ältere Menschen, die bereits wohnungslos sind, deutlich seltener aus der Wohnungslosigkeit her-

Miet- und Energieschulden zählen zu den häufigsten Auslösern eines Wohnungsverlustes. Viele leben von kleinen Renten oder Sozialleistungen, die mit den steigenden Wohnkosten kaum noch Schritt halten. Rund die

schon Erkrankungen und eingeschränkter Mobilität. 16 Prozent besitzen einen Schwerbehindertenausweis – mehr als doppelt so viele als in der Gruppe der 25- bis 49-Jährigen. Gleichzeitig brechen im Alter häufiger soziale Netzwerke weg, sodass betroffene Menschen zusätzlich von Isolation betroffen sind.

Wer die Wohnung verloren hat, braucht raschen Zugang zu bezahlbarem und altersgerechtem Wohnraum. Gleichzeitig zeigen die Daten, dass sich ältere Menschen, denen der Wohnungsverlust droht, frühzeitiger an die Wohnungsnotfallhilfen wenden. Wohnungsverluste zu verhindern, muss deshalb Priorität haben, betonte die BAG W bei Veröffentlichung ihres Berichtes. Das erspare Betroffenen enormes Leid und sei zugleich deutlich wirksamer und kostengünstiger, als Wohnungslosigkeit später zu bewältigen.

„Die geplante Wohngeldreform wird ältere Menschen besonders hart treffen. Bereits heute ist jede zweite wohngeldbeziehende Person Rentner*in. Die Kürzungen werden dazu führen, dass ein Drittel aller Wohngeldempfänger*innen die Leistungen komplett verlieren“, erklärt Sabine Bösing, Geschäftsführerin der BAG W. ■



© Lothar Nahler/Adobe Stock

ausfinden: 38 Prozent der über 50-Jährigen sind bereits seit mehr als einem Jahr wohnungslos, bei den 25- bis 49-Jährigen liegt dieser Anteil bei 27 Prozent.

Hälfte der älteren Wohnungslosen gilt als überschuldet. Hinzu kommen gesundheitliche Belastungen: Ältere leiden deutlich häufiger unter chroni-

Demografische Entwicklung

Die Basis bröckelt

Auch der innerhalb der vergangenen zehn Jahre leicht gestiegene Kinderanteil in Deutschland kann das demografische Grundproblem nicht lösen.

Wie das Statistische Bundesamt Mitte September mitteilte, lag der Bevölkerungsanteil von Kindern

unter 14 Jahren in Deutschland zum 31. Dezember 2025 bei 10,8 Millionen oder 12,9 Prozent. Zwar

ist der Kinderanteil binnen zehn Jahren leicht gestiegen: 2015 lag er bei lediglich 12,3 Prozent oder 10,1 Millionen. Im Zuge des demografischen Wandels ist er in den letzten Jahrzehnten insgesamt jedoch zurückgegangen. 1975 waren auf dem heutigen Bundesgebiet noch 19,6 Prozent der Bevölkerung unter 14 Jahre alt, 1995 immerhin noch 15,1 Prozent.

Die Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland weist starke regionale Unterschiede auf. In Baden-Württemberg und Bremen war der Kinderanteil 2025 mit jeweils 13,4 Prozent am höchsten, gefolgt von Hamburg und Bayern mit jeweils 13,2 Prozent. In

Sachsen-Anhalt (11,2 Prozent) sowie Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen (jeweils 11,3 Prozent) war er am niedrigsten.

Mit dem Problem einer immer kleiner werdenden Basis künftiger Beitragszahler in die sozialen Sicherungssysteme steht Deutschland nicht allein da. Laut der europäischen Statistikbehörde Eurostat lag der Kinderanteil im EU-Durchschnitt Ende 2024 mit 13,3 Prozent über dem deutschen Anteil (12,9 Prozent). Den höchsten Kinderanteil der EU weist mit 17,0 Prozent Irland auf. Auch in Schweden (15,6 Prozent) und Frankreich (15,3 Prozent) gab es überdurchschnittlich viele unter 14-Jährige. Den geringsten Kinderanteil verzeichneten Italien (10,9 Prozent), Malta (11,3 Prozent) und Portugal (11,7 Prozent). ■



Seminarangebot

Gemeinschaftlich wohnen

Wie man die Idee erklärt und Mitstreiter gewinnt.

Mehrfach hat „Aktiv im Ruhestand“, etwa in AiR 4/2024, über den langen Weg berichtet, den beschreitet, wer eine Alten-WG gründen oder ein Seniorenwohnprojekt realisieren will. Teilweise vergingen 15 Jahre von der Idee, im Alter selbstbestimmt, aber nicht allein

leben zu wollen, bis zum Einzug in ein Haus mit altersgerechten Wohnungen und Gemeinschaftsflächen. Um das zu ermöglichen, hatten Menschen Gleichgesinnte um sich geschart, mit kommunalen Wohnungsbaugenossen-schaften, Stadtverwaltungen und Bauträgern ver-

handelt, Vereine gegründet, sich im Vereins-, Bau- und Mietrecht fortgebildet – und sich um Geldbeschaffung gekümmert.

Um diesen mühseligen Weg abzukürzen, bietet das FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e. V. im Herbst 2026 eine Seminar-

reihe für gemeinschaftliches Wohnen an, die sich nicht nur an öffentliche und soziale Träger, sondern auch an Interessierte und Initiativen wendet. Die Seminare finden größtenteils online statt und sind kostenpflichtig. ■

Mehr Informationen gibt es unter:
t1p.de/seminare_
wohnprojekte.

Generationengerechtigkeit

Soziale Sicherheit für Jung und Alt

Generationengerechtigkeit als Leitprinzip in allen Politikbereichen: Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat auf seiner Plenartagung Ende September 2026 eine Stellungnahme zur neuen EU-Strategie für Generationengerechtigkeit verabschiedet. Was sich zukünftig ändern soll.

Aus Sicht des EWSA darf Generationengerechtigkeit nicht als Gegensatz zwischen Jung und Alt verstanden werden. Es geht nicht nur um die Situation junger Menschen, sondern ausdrücklich auch um die Lebensbedingungen Älterer. Politik müsse dafür sorgen, dass Chancen, Lasten und Schutzrechte fair zwischen den Generationen verteilt werden, heißt es in dem Forderungspapier. Solidarität zwischen den Generationen sei ein Grundwert der Europäischen Union und zugleich eine Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Stabilität.



Für Ruheständlerinnen und Ruheständler besonders bedeutsam ist die Forderung nach einem ausdrücklichen Schutz vor sozialem Rückschritt. Künftige Reformen in den Bereichen Renten, soziale Sicherung, Wohnen, Pflege oder öffentliche Dienstleistungen dürften weder die Ungleichheit zwischen den Generationen vergrößern noch unverhältnismäßige Belastungen für ältere Menschen schaffen. Der EWSA spricht sich damit gegen eine Politik aus, die Verbesserungen für jüngere Generationen durch Verschlechterungen für Seniorinnen und Senioren finanzieren würde.

Ein Schwerpunkt der Stellungnahme ist die Langzeitpflege. Angesichts der demografischen Entwicklung fordert der Ausschuss den Ausbau hochwertiger, bezahlbarer und flächendeckend verfügbarer Pflegeangebote. Gesellschaft müsse Pflege als zentrale Aufgabe verstehen. Besonders Augenmerk legt der EWSA auf die Unterstützung pflegender Angehöriger und auf die Aufwertung der Pflegeberufe. Ziel sei es, dass ältere Menschen auch bei zunehmendem Unterstützungsbedarf selbstbestimmt leben können.

Große Bedeutung wird Dienstleistungen von allgemeinem Interesse zu-

gemessen. Dazu gehören Gesundheitsversorgung, Pflegeleistungen, soziale Dienste, Nahverkehr oder Verwaltungsangebote. Diese müssten überall verfügbar, bezahlbar und verlässlich finanziert sein. Besonders bemerkenswert ist die Forderung, öffentliche Leistungen auch künftig über nicht digitale Wege zugänglich zu halten. Die Digitalisierung dürfe nicht dazu führen, dass ältere Menschen von wichtigen Angeboten ausgeschlossen werden. Dies entspricht den langjährigen Forderungen des dbb.

Der Ausschuss spricht sich zudem für eine stärkere politische Beteiligung älterer Menschen aus. Wäh-

rend in den vergangenen Jahren zahlreiche Beteiligungsinstrumente für Jugendliche geschaffen wurden, sieht der Ausschuss Nachholbedarf bei den älteren Generationen. Seniorinnen und Senioren müssten als eigenständige gesellschaftliche Akteure anerkannt und bei politischen Entscheidungen systematisch einbezogen werden. Der Ausschuss fordert geeignete Beteiligungsstrukturen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene.

Zentral ist auch das Thema Wohnen. Der EWSA betrachtet die Wohnungsfrage als generationenübergreifende Herausforderung. Neben bezahlbarem Wohn-

Kranken- und Pflegeversicherung

Am falschen Ende gespart

Die Bundesregierung arbeitet an umfangreichen Reformen der sozialen Sicherungssysteme. Dabei belastet sie fast ausschließlich die Menschen in den entsprechenden Pflichtversicherungen Rente, Pflege (SPV) und Krankheit (GKV). Das sind mehr als 80 Prozent der Bevölkerung.

Bei der Gesundheitsreform ist das bereits beschlossen, etwa die Absenkung von Leistungen beim Zahnersatz, die Erhöhung der Zuzahlungen bei Medikamenten, die Streichung des Hautkrebs-screenings, die Kürzung der Honorare bei den Psychotherapeuten. Letzteres wird zu noch längeren Wartezeiten auf eine Behandlung führen, mit unkalkulierbaren Risiken für die Patienten und auch für die Öffentlichkeit. Vor der Pharmalobby ist die Regierung allerdings eingeknickt. Nachdem die Lobby drohte, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern, wurde die Verdoppelung des Herstellerabschlages für Medikamente von sieben auf 14 Prozent zurückgenommen. Nun ist ein fixer Herstellerabschlag von 8,5 Prozent vorgesehen. Die Dynamisierung wurde ebenfalls gestrichen, um den pharmazeutischen Herstellern „mehr Planungssicherheit zu geben“.

Überdies werden Beschäftigte und Arbeitgeber die Krankenkosten der Bezieher von Grundsicherung über ihre Beiträge mitfinanzieren müssen (sogenannte versicherungsfremde Leistungen). Daran ändert die nun vorgesehene Erhöhung dieses Zuschusses von ursprünglich 250 Millionen Euro auf eine Milliarde Euro in 2027 und dann bis 2031 weiter steigend, wenig: Die Beitragszuschüsse decken auch weiterhin die Krankheitskosten für Grundsicherungsempfänger nicht vollumfänglich ab. Die Bundesregierung hätte sich die sogenannte GKV-Reform sparen können, hätte der Finanzminister, wie vom dbb-Bundesvorsitzenden Volker Geyer gefordert, die Verantwortung für die versicherungsfremden Leistungen in Gänze übernommen. So lässt der Gesetzgeber weiterhin die Schröpfung der Krankenkassen zu, die sich das über höhere Beiträge von den Beitragszahlern zurückholen.

Seit der Einführung von Hartz IV unter Kanzler Schröder werden die Krankheitskosten vom Bund unter Verletzung des Konnexitätsprinzips mit einer nicht auskömmlichen Kopfpauschale erstattet (in 2026: 144,04 Euro). Seit 2005

haben die Bundesregierungen damit die Beitragszahler um mehr als 200 Milliarden Euro gebracht! Endlich haben 79 gesetzliche Krankenkassen eine umfassende Klage-welle gegen die Bundesrepublik Deutschland auf den Weg gebracht. Sie fechten die Zuweisungsbescheide für 2026 an, um gerichtlich eine verfassungsgemäße Finanzierung aus Steuermitteln zu erzwingen.



© Marco Urban

Im Zusammenspiel von Bund und Ländern findet auf dem Gebiet des Krankenhauswesens ein weiteres Politikversagen statt. Schon heute klagen die Krankenhäuser über chronische Unterfinanzierung. Das neue Gesetz beinhaltet einen geringeren Ausgleich der Inflationskosten und zwingt sie, die Personalkosten zu senken. Am Ende dürfte der Fortbestand von 400 Krankenhäusern gefährdet sein. Die Wahrheit ist aber auch: Deutschland leistet sich zulasten der Beitragszahler Bettenleerstand. Doch die meisten Ministerpräsidenten, die zuständigen Länder haben offensichtlich nicht das Rückgrat, eigentlich notwendige

Hausschließungen durchzusetzen. Nordrhein-Westfalen zum Beispiel hat ungefähr so viele Einwohner wie die Niederlande. NRW hat circa 330 Krankenhäuser, Holland 110. Die straffe Organisation des Gesundheitswesens dort führt nicht zu einer schlechteren Versorgung. Im Gegenteil. Niederländer werden im Durchschnitt anderthalb Jahre älter als ihre deutschen Nachbarn. Unter anderem weil Deutschland Milliarden für nicht benötigte Krankenhäuser ausgibt, steigen die Krankenkassenbeiträge.

Auch beim Thema Pflegereform fehlt es Politikern an Standfestigkeit. Aus Angst vor einem Scheitern im Bundesrat wurde die Regelung, nach der künftig die Länder die Investitionskosten stationärer Pflegeeinrichtungen übernehmen sollten, wieder zurückgezogen. Wir sprechen hier über monatliche Belastungen von jeweils bis zu 750 Euro, die auch weiterhin auf die Heimbewohner abgewälzt werden, weil die Politik den Konflikt mit den Ländern scheut. Das ist schändlich und wird das Vertrauen in die politische Führung weiter untergraben.

Norbert Lütke,
zweiter Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung

Teilhabe

Mit Rat und Tat vor Ort



> Gesundheitskiosk in Blankenburg

Wenn in dünn besiedelten Landkreisen die Bevölkerung überaltert, droht Älteren und Hochaltrigen Isolation. In Thüringen hilft agathe.

frühzeitig soziale Teilhabe und Unterstützung ermöglichen.

Immer mehr Alte, immer weniger Junge, die nachfolgen. Gerade in dünn besiedelten Gegenden drohen Ältere nicht nur zu vereinsamen, sondern auch von Beratung und medizinischer und pflegerischer Versorgung abgeschnitten zu werden. Deshalb unterstützt der Freistaat Thüringen Landkreise und Kommunen dabei, älteren Menschen die Selbstständigkeit zu erhalten und sie vor Einsamkeit zu schützen.

Zum Beispiel im Unstrut-Hainich-Kreis. Hier liegt der Nationalpark Hainich, der als Deutschlands größter zusammenhängender Laubwald gilt und Teil der UNESCO-Weltnaturerbe-Liste ist. Nicht nur Biber und Wölfe leben hier, sondern auch die extrem seltenen Wildkatzen und Luchse. Mit rund 102 bis 105 Einwohnerinnen und Einwohnern je Quadratkilometer ist der Unstrut-

Hainich-Kreis deutlich dünner besiedelt als Thüringen insgesamt mit 131 Einwohnern. Durchschnittlich leben in Deutschland rund 234 Einwohnerinnen und Einwohner pro Quadratkilometer. Zugleich gehören rund 28 Prozent der Bevölkerung des Landkreises zur Altersgruppe ab 65 Jahren – deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt mit 23 Prozent. Laut Zensus waren 2022 von den etwa 94 600 Menschen im Kreis rund 8 200 Menschen älter als 80 Jahre. Das bundesweite Durchschnittsalter lag 2024 bei 44,9 Jahren; in Thüringen bei 47,9 Jahren. Im Unstrut-Hainich-Kreis jedoch sind die Menschen fast 51 Jahre.

> agathe beugt Einsamkeit vor

Die Verbindung aus hoher Alterung und ländlich gestreuter Siedlungsstruktur erhöht den Bedarf an auf-

suchenden, wohnortnahen Angeboten wie agathe. Das ist ein Thüringer Landesprogramm gegen Einsamkeit im Alter. Der Name steht für „Älter werden in der Gemeinschaft – Thüringer Initiative gegen Einsamkeit“. agathe ist kommunal verankert, kostenfrei und versteht sich als aufsuchendes Beratungs- und Lotsenangebot. Es soll die etwa 214 000 Thüringer und Thüringerinnen ab 63 Jahren, die allein zu Hause wohnen, niedrigschwellig erreichen, beraten und mit passenden Angeboten in ihrem Wohnumfeld verknüpfen. Das Angebot richtet sich vor allem an jene, die sich mehr Austausch, Unterstützung oder Orientierung wünschen, aber nicht unbedingt schon pflegebedürftig sind. agathe ist nicht dazu gedacht, zu reagieren, wenn Einsamkeit, Überforderung oder Pflegebedürftigkeit bereits stark ausgeprägt sind, sondern soll

Qualifizierte Fachkräfte klären gemeinsam mit den Betroffenen, was im Alltag fehlt, welche Angebote tatsächlich passen und wie die Teilnahme praktisch gelingen kann. Dabei geht es um Zugang zu Begegnungsangeboten wie Seniorentreffs und Besuchsdiensten, zu Kultur-, Bildungs-, Sport- und Bewegungsangeboten, ehrenamtlichen Initiativen oder zu Unterstützungsangeboten wie Hilfen im Haushalt. Wenn besondere Fragen etwa zu Wohnen, Gesundheit oder sozialer Absicherung bestehen, wird auch der Kontakt zu weiteren Beratungsstellen hergestellt. agathe setzt dabei auf vorhandene Strukturen wie Ehrenamtsnetzwerke, Besuchsdienste oder auch Quartiersarbeit und stärkt deren Zusammenarbeit. Ausdrückliches Ziel ist es, die Lebensqualität zu stärken, steigenden Pflege-

bedarf zu verhindern oder hinauszuzögern und den Betroffenen möglichst lange ein selbstständiges Leben im vertrauten Wohnumfeld zu ermöglichen.

agathe wird im Wesentlichen durch Zuschüsse des Freistaats Thüringen finanziert; Landkreise und Kommunen tragen einen Eigenanteil. Es gibt in mehreren Bundesländern vergleichbare Ansätze. agathe zeichnet jedoch aus, dass Thüringen auf Landesebene ein ausdrücklich auf alleinlebende ältere Menschen ausgerichtetes, aufsuchendes Beratungsprogramm mit kommunaler Umsetzung aufgebaut hat. Und es behandelt Einsamkeit nicht nur als individuelles Problem, sondern als kommunale Aufgabe der sozialen Infrastruktur.

Die Stiftung Landleben

Besonders wichtig für den ländlich geprägten Unstrut-Hainich-Kreis, der etwa in der Mitte Deutschlands liegt, ist der Mix aus aufsuchender Beratung, mobilen Angeboten, Gesundheitskiosken und Lotsefunktionen. Hier ist die Stiftung Landleben – Motto: „Wir gestalten unsere Heimat“ – die vom Landkreis beauftragte Umsetzungs- und Koordinierungsstelle von agathe in den Kommunen. Der Kreis trägt die Gesamtsteuerung des Landesprogramms vor Ort; die Stiftung organisiert die praktische Arbeit und beschäftigt die agathe-Fachkräfte.

Aber die agathe-Arbeit ist nur ein Teil des breiten regionalen Ansatzes der Stiftung: In der Dorfregion

Seltenrain, die auch die Dörfer Kirchheilingen, Sundhausen, Tottleben sowie Blankenburg, Bruchstedt und Urleben umfasst, verbindet sie Beratung, Mobilität, Pflege, Wohnen und soziale Begegnung. Gegründet wurde die Stiftung Landleben 2010 auf Initiative von vier Gemeinden und der Agrargesellschaft e.G. Kirchheilingen. Leitgedanke sei damals die Erkenntnis gewesen: „Wir müssen uns selbst um die Entwicklung der Region kümmern“, erinnert sich Thomas Mörsstedt, stellvertretender Stiftungsvorstand und Freiwilligen-Manager der Freiwilligenagentur „Frag ALEX!“, im Videocall.



Urleben: Eröffnung des ersten Gesundheitskiosks der Stiftung Landleben in Kooperation mit der Internationalen Bauausstellung Thüringen IBA

Immer wieder in den vergangenen 14 Jahren hat die Stiftung Impulse gesetzt, um die Dörfer lebendig zu erhalten: So wurden zehn altersgerechte Wohnhäuser gebaut und an ältere Menschen der Region vermietet, um ihnen zu er-

möglichen, weiter in der vertrauten dörflichen Umgebung zu wohnen. In Kirchheilingen konnte eine Grundschule eröffnet und im Jahr 2022 in vier Dörfern Gesundheitskioske errichtet werden, die als Beratungs- und Begegnungsorte dienen.

„Wir wollen gerne die Dörfer mitnehmen“, unterstreicht Mörsstedt, und seine Kollegin Carolin Anders, die die Arbeit des agathe-Programmes für die Stiftung koordiniert, erzählt davon, was auf der Grundlage von Freiwilligenarbeit ermöglicht wird: So gibt es in den Dörfern Kaffeeklatschrunden und einen Fahrservice für jene,

würden Menschen etwa 50- bis 60-mal pro Woche zum Arzt im Nachbardorf, zum Einkaufen oder vielleicht auch nur zur Friseurin gefahren und wieder nach Hause gebracht.

Gesundheitskioske

Die Gesundheitskioske in Kirchheilingen, Bruchstedt, Urleben und Blankenburg, die an die Stelle zentral gelegener Bushäuschen gesetzt worden sind, sind inzwischen über den Landkreis hinaus bekannt. Obwohl lediglich 25 Quadratmeter groß, sind sie mit architektonischem Ehrgeiz entworfen und von regionalen Handwerksbetrieben überwiegend in Holzbauweise errichtet worden. Sie sehen allesamt ähnlich aus, sind aber an den jeweiligen Standort angepasst und fügen sich gut in die einzelnen Dörfer ein. Jeder Kiosk hat einen Beratungsraum, einen Wartebereich für den Bus und eine Toilette. Und vor dem Gebäude gibt es Sitzgelegenheiten, Ladestationen für E-Bikes, Gemeinschaftsbeete, zeitweise Verkaufsflächen für regionale Produkte und kostenloses WLAN. So entstehen Orte für Hilfe, Austausch und Begegnung auf kleiner Fläche. Der Mut der Stiftung, das anzustoßen, wird nun belohnt: Das Projekt wird mit dem Thüringer Staatspreis für Baukultur 2026 ausgezeichnet.

Auch die eigentliche Beratungsarbeit, die Anders und ihre agathe-Kolleginnen teils in den Kiosken machen, trägt Früchte: „Wir haben im vergangenen Jahr etwa 2 000 Fälle betreut.“ **ada**